

Spahns Versagen

Corona-Pandemie: In unserer Konsensgesellschaft ist der Ernstfall strukturell nicht mehr vorgesehen

Markus Brandstetter

Gesundheitsminister Jens Spahn, der ja bei der CDU gerne den großen Macher gibt, hätte in diesen Tagen die Chance gehabt, zu glänzen und sich für höchste Ämter im Staat zu empfehlen. Dafür hätte er als oberster Gesundheitsbeamter des Staates nur zwei Dinge tun müssen: erst informieren und dann handeln.

Zuerst einmal hätte Spahn die Bürger über die wahren Gefahren der Coronavirus-Pandemie aufklären müssen. Er hätte also sagen müssen, daß die Corona-Pandemie nicht mehr aufzuhalten ist, daß aus heutiger Sicht 25 bis 70 Prozent der Bevölkerung eines Landes, in dem es Corona-Fälle gibt, sich mit dem Virus infizieren werden. Bei 80 Prozent der Infizierten wird die Erkrankung milde verlaufen, weitere 15 Prozent werden stationär im Krankenhaus behandelt werden müssen, während fünf Prozent auf die Intensivstation kommen. Spahn hätte allerdings auch sagen müssen, daß nach den aktuellen Angaben des Robert-Koch-Instituts in Berlin bei ein bis zwei Prozent der Infizierten die Erkrankung tödlich verlaufen wird und das Virus somit erheblich tödlicher ist als die Grippe. Wenn sich also ein Viertel der deutschen Bevölkerung mit Sars-CoV-2-Virus, wie dieser neue Stamm des Corona-Erregers heißt, infizierte, dann wären das bei einer Letalitätsrate von einem Prozent in Deutschland immerhin schon über 200.000 Tote. Spahn hätte weiter sagen müssen, daß vor allem Menschen über 80, die zusätzlich an Diabetes und Bluthochdruck leiden oder anderweitig angeschlagen sind, stark gefährdet sind, während Gesunde unter 50 es normalerweise nicht sind.

Und Spahn hätte endlich sagen müssen, daß das keine Sars-Pandemie wie 2003 und keine Vogelgrippe wie 2004 ist, zwei Seuchen, die ihren Ausgang übrigens auch in China nahmen – sondern eine seit der Spanischen Grippe von 1918 nie dagewesene Epidemie, die eine Bedrohung für die ganze Welt darstellt und Ärzte, Gesundheitsbehörden und Kliniken vor Aufgaben stellt, die es bislang nicht gegeben hat und auf die sie nicht vorbereitet sind.

Der Gesundheitsminister hätte aber nicht nur reden, sondern auch etwas tun müssen. Grundsätzlich hätte er erst einmal das deutsche Gesundheitswesen auf das vorbereiten müssen, was da kommen könnte. Er hätte Quarantänemaßnahmen für Reisende aus Hochrisikoländern wie eben China anordnen und eine mögliche Schließung von Schulen, Universitäten, Flughäfen, Ämtern, Sportstadien, Konzerthallen, Kinos und Theatern zumindest planen sollen.

Weiter wären an die Menschen klare Anweisungen zu erteilen gewesen, wie mit Infizierten umzugehen ist und was Ärzte und Kliniken mit denjenigen tun sollen, bei

denen ein Verdacht auf Infizierung besteht, damit es den Leuten nicht so geht wie dem Berliner, der vergangenen Sonntag mit Fieber in die Charité eingeliefert wurde, wo erst eine Hirnhautentzündung vermutet und dann eine Influenza diagnostiziert wurde, worauf man den Patienten wieder nach Hause schickte. Erst als der Mann wieder daheim war, stellte sich heraus, daß er Sars-CoV-2 im Blut und inzwischen mit 60 Personen Kontakt gehabt hatte, was jetzt Krankenhaus für ihn und Quarantäne für alle anderen bedeutete, auch für die betroffenen Ärzte, die während der Behandlung des Patienten keine Schutzkleidung getragen hatten.

Spahn und sein Ministerium hätten schließlich ein Notfall-Paket für die deutschen Gesundheitsbehörden erarbeiten müssen, welches sicherstellt, daß eine flächendeckende Versorgung mit Schutzanzügen, Handschuhen, Atemmasken und Notfall-Beatmungsgeräten gegeben ist.

Aber der Mann, der gerne zusammen mit Armin Laschet zukünftig die CDU führen möchte und sich selber für erstklassiges Kanzlermaterial hält, hat nichts davon getan. Das einzige, was man von Spahn bislang gehört hat, waren nicht Anweisungen, was jetzt zu tun wäre, sondern im Gegenteil Aussagen, was jetzt alles nicht zu tun sei. Während in China, Italien, Frankreich und Großbritannien Politiker und Behörden schnell und entschieden handelten und die Polen sogar ein eigenes Virus-Gesetz verabschiedeten, das Präventionsmaßnahmen gegen eine Ausbreitung des Coronavirus erleichtert, hat Spahn insistiert, daß die Schließung von Grenzen unnötig, die Absage von Großveranstaltungen überflüssig und die Beurlaubung von Firmenmitarbeitern nicht ratsam sei, weil all das nicht verhältnismäßig und angemessen sei.

Wer jetzt denkt, daß das Wahnsinn sei, der wird erkennen, daß dahinter Methode steckt. Denn Deutschland ist ja seit langem schon auf Katastrophen nicht vorbereitet. Weder ist die Bundeswehr in der Lage, das Land zu verteidigen, noch können Polizei und Grenzschutz die deutschen Grenzen schützen. Jetzt zeigt sich wieder einmal: In einer Konsensgesellschaft, in der sich alle hauptsächlich mit den Problemen beschäftigen, die in den tausend Jahren vor 1945 entstanden sind, ist der Ernstfall nicht vorgesehen, weshalb Katastrophen entweder geleugnet, jedenfalls aber verharmlost und die davon betroffenen Menschen stets beschwichtigt werden.

Nichts, was den Bürgern schadet, ist jemals schlimm, weil unser aller „tiefstes Anliegen“, wie Merkel erst Montag gesagt hat, nicht Armut, Krankheiten oder Seuchen, also die Sorgen normaler Menschen sind, sondern der permanente Kampf gegen „Rassismus und Islamfeindlichkeit“, zwei Scheinriesen, unter deren schwarzen Schatten jede Diskussion über alles andere im Keim erstickt wird.

Nun ist man Zaudern, Zögern und die Unfähigkeit, im Ernstfall zu handeln, von Merkel ja gewohnt, das ist das tägliche Brot ihrer Politik. Von Spahn aber kannte man das bislang so nicht. Der hat nun allerdings gezeigt, daß in ihm soviel Mumm und

Entschlossenheit steckt wie in dem Hilfsbuchhalter, der nach der Insolvenz seiner Firma immer wieder ausruft: Aber es war doch alles immer in Ordnung!

Angriff auf Europa

Türkei/Griechenland: Die Migrationskrise ist wieder da – und war nie wirklich weg

Michael Paulwitz

Europa steht wieder unter Belagerung. Zehntausende Migranten rennen zu Lande und zu Wasser gegen die griechischen Grenzen an und begehren Einlaß. Ihr offensichtliches Ziel: Das Sozialleistungswunderland Deutschland.

Die Migrationskrise ist wieder da. Tatsächlich war sie nie verschwunden. Nur die Aggressivität, mit der Migranten nach Europa drängen, ist wieder gestiegen. Und je phrasenhafter die politisch Verantwortlichen beteuern, die Situation von 2015 werde sich nicht wiederholen, desto beklemmender wird der Eindruck: Es könnte noch schlimmer werden.

Der fragwürdige Kuhhandel mit der Türkei – Milliardenzahlungen gegen Zurückhalten der Migrantenströme –, von dem Bundeskanzlerin Angela Merkel sich Entlastung der ausufernden Folgen ihres Willkommensrufs erhofft hatte, hat nie wirklich funktioniert. Jetzt ist er ganz offiziell tot. Denn jetzt betätigt sich die Türkei selbst ganz unverhohlen als Schleuserstaat. Auf Geheiß von Staatschef Erdoğan werden Migranten busladungsweise an die griechische Grenze verfrachtet, um die EU und insbesondere Deutschland unter Druck zu setzen.

Griechenland – das ist anders als 2015 – leistet diesmal erbitterten Widerstand. Es verteidigt seine Grenzen, zu Land und auf See. Für Athen ist der Asylansturm ein Angriff des schwierigen Nachbarn Türkei, den es sich nicht bieten lassen will. Das ist auch im Sinne der griechischen Bürger, deren Geduld offenkundig erschöpft ist. Bauern blockieren Zufahrten zu Asyl-Sammellagern, Bewohner der griechischen Inseln packen selbst mit an, um Migrantenbooten die Landung zu verweigern, und applaudieren, wenn Polizei und Militär diese zurückschicken.

Griechenland nimmt damit die unschönen Bilder in Kauf, die Angela Merkel sich vor fünf Jahren mit ihrer willkürlichen Grenzöffnung ersparen wollte. Statt Dank ernten die Griechen dafür Kritik vor allem aus etablierten deutschen Medien, in denen das vermeintlich brutale Vorgehen der griechischen Sicherheitskräfte angeprangert und

griechische Bürger, die zur Selbsthilfe gegen illegale Einwanderer und NGO-„Flüchtlingshelfer“ greifen, pauschal als „Rechtsextremisten“ diffamiert werden.

Die Verstimmung ist wechselseitig. Griechische Stimmen kritisieren die unentschlossene deutsche Haltung, die von ihrem hohen moralischen Roß nicht absteigen will. Merkel ermuntere die Migranten nach wie vor, nach Europa zu kommen, und Griechenland müsse das ausbaden, heißt es. Offiziell lehnt die Union die Aufnahme der illegalen Einwanderer noch ab. Aber anders als etwa Österreich oder auch Frankreich sendet Berlin keine klaren Solidaritätssignale an Griechenland.

Und von grün-linker Seite und aus der Asyl-Lobby wächst der Druck, wieder aus „humanitären“ Gründen nachzugeben und die fälschlich als „Flüchtlinge“ etikettierten Migranten, die sich samt und sonders in der Türkei bereits in Sicherheit befinden, doch aufzunehmen.

Dazu kommt mediale Stimmungsmache. Während ausländische und unabhängige deutsche Medien bürgerkriegsähnliche Szenen zeigen, in denen wutgepeitschte junge Männer mit Steinen, Tränengas und „Allahu akbar“ die EU-Außengrenze zu stürmen versuchen, stellen Deutschlands etablierte Medien mitleiderregende – mitunter sogar gestellte – Bilder von weinenden Kindern und Müttern. Es wird manipuliert wie 2015 – das seinerzeitige Eingeständnis selektiver Bildauswahl durch „ARD aktuell“-Chefredakteur Kai Gniffke hat offenkundig nicht gefruchtet. Formal kritisiert die Kanzlerin das Vorgehen des türkischen Präsidenten. Tatsächlich scheint sie mit der Andeutung, es könne zusätzliche Hilfen für die Türkei geben, bereits ihr Einknicken vorzubereiten. Das ist fatal, denn wer ein ums andere Mal der Erpressung nachgibt, wird ständig mit höheren Forderungen konfrontiert werden.

So offenbart die neuerliche Migrationskrise vor allem eines: Es war von Anfang an ein Fehler, die Kontrolle der Migrationsströme nach Europa einem ausländischen Herrscher anzuvertrauen, noch dazu einem unberechenbaren wie Recep Tayyip Erdoğan. Dem türkischen Präsidenten geht es nämlich nicht nur um Geld, sondern auch um Unterstützung für sein Kriegsabenteuer im nördlichen Syrien. Auch um diese zu erzwingen, setzt er skrupellos die Migrationswaffe gegen Europa ein. Dabei instrumentalisiert er Flüchtlingsströme, die er durch seine völkerrechtswidrige Militärintervention selbst zu verantworten hat; und er nutzt die Gelegenheit, um illegale Migranten loszuwerden, die die Türkei als Transitland benutzen wollten und dort hängengeblieben waren.

Daß die Nato sich in dieser Situation trotzdem hinter ihren „Verbündeten“ Türkei stellt, ist ein fatales Signal und schadet deutschen Interessen. Nähme die Nato ihre eigenen Grundsätze ernst, müßte sie Erdoğan unmißverständlich bedeuten, daß ein eigenmächtig vom Zaun gebrochener und durch kein internationales Mandat gedeckter Angriffskrieg niemals einen Bündnisfall begründen kann.

Im deutschen Interesse wäre es, Erdos Erpressungsversuch klar zurückzuweisen und von ihm zu verlangen, seine Unterstützung islamistischer Aufrührer in Syrien zu beenden. Im deutschen Interesse wäre es weiter, die Verteidigung der EU-Außengrenzen zur eigenen Sache zu machen und Griechenland dabei jede nur mögliche Unterstützung zukommen zu lassen. Nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa ist es verhängnisvoll, daß Deutschland als immer noch stärkste Wirtschaftsmacht der EU sich hinter kleineren und exponierteren Mitgliedstaaten versteckt und sich weigert, die ihm zukommende Vorreiterrolle zu übernehmen.

Heimlich, krakenhaft und mit viel Geld

Wie das europäische Rechtssystem unterlaufen wird: Die dubiose Rolle des US-Investors George Soros
Jürgen Liminski

Der Primat des Rechts über Stärke und Gewalt ist eine Errungenschaft der europäischen Zivilisation. Er ist auch das Fundament der Demokratie. Die Frage ist: Welches Recht? Hier scheiden sich die Geister. Denn die Rechtsprechung interpretiert zwar das Recht, und geltendes Recht ist für die Exekutive handlungsweisend, aber die Legislative kann Rechte auch ändern, ergänzen, abschaffen. Was aber, wenn die Rechtsprechung im Interesse einer Nichtregierungsorganisation gelenkt, manipuliert und heimlich, also am Souverän, dem Volk und der Gewaltenteilung vorbei, uminterpretiert wird? Dann gleitet die Demokratie ab in eine NGO-Diktatur. Genau das geschieht derzeit in Europa.

Als Grundlage für die Rechtsprechung in Deutschland gilt das Grundgesetz. Es wurde nur wenig früher zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten des Europarats (EMRK) erarbeitet. Die Konvention enthält einen Katalog von Grund- und Menschenrechten und trat am 3. September 1953 allgemein in Kraft. Als sogenannte geschlossene Konvention kann sie nur von Mitgliedern des Europarats sowie von der EU unterzeichnet werden. Die Bereitschaft zur Unterzeichnung und Ratifikation der EMRK hat sich im Laufe der Zeit zu einer festen Beitrittsbedingung für Staaten entwickelt, die dem Europarat angehören möchten. Wer dem Europarat angehört, hat mithin als übergeordnetes Grundgesetz die Menschenrechtskonvention.

Die verpflichtende Interpretation der Konvention obliegt hundert amtlichen Richtern, die am Sitz des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg tagen. Wer auf diese Richterschaft Einfluß ausüben kann, kann die Rechtsstaatlichkeit in Europa mitbestimmen und die Gewaltenteilung aushebeln. Und genau das geschieht – heimlich, krakenhaft und mit viel Geld über diverse NGOs. Und der Krake heißt George Soros.

185 Fälle, in denen eine NGO beteiligt war

Eine mit wissenschaftlicher Akribie angefertigte Untersuchung hat im Februar den Schleier über Soros gelüftet. Gregor Puppinck und Delphine Loiseau vom Europäischen Zentrum für Recht und Gerechtigkeit (ECLJ) stellen in ihrem Bericht fest, daß 22 der hundert ständigen Richter am EGMR zwischen 2009 und 2019 direkt oder indirekt mit sieben NGOs zusammengearbeitet haben, die man als linksprogressiv und globalistisch bezeichnen kann. Sie stehen alle in unmittelbarer Verbindung oder hängen finanziell von der Open Society Foundation des George Soros ab.

Zwölf der 22 Richter stehen in direkter Verbindung mit der Stiftung, die wie eine Holding zahlreiche NGOs dirigiert. Auch die Klimaschutzbewegung bewegt sich in diesem Netz. Die anderen zehn Richter hatten leitende oder beratende Funktionen bei den NGOs. Diese Richter waren an Urteilen beteiligt, die Österreich, Italien und Griechenland zwangen, „Homo-Ehen“ zu legalisieren, und Polen, die Abtreibungsgesetze zu liberalisieren. Auch mischten sie bei Urteilen mit, die Ungarn drängten, die lebenslange Freiheitsstrafe abzuschaffen, und Österreich, die Adoption durch homosexuelle Paare zu erlauben. Auch die Anwendung von Scharia-Gesetzen in Griechenland geht auf Urteile aus Straßburg zurück. Bei all diesen Urteilen, von denen es noch mehr gibt, stand eine der Soros-NGOs Pate, sei es als Kläger, Nebenkläger oder in Person eines Richters, der früher bei der Soros-Holding mitgearbeitet hatte.

Die Ideologie der Soros-Holding und ihr Netzwerk haben zum Ziel, wie das französische Wochenmagazin Valeurs Actuelles berichtet, das vor zwei Jahren schon einmal eine größere Titelstory über Soros veröffentlicht hatte, „die Nationen aufzulösen und dem Westen eine offene Gesellschaft ohne Grenzen aufzuerlegen“, den Multikulturalismus auf allen Ebenen einzuführen, Migrantenströme nicht mehr aufzuhalten, Abtreibung und Euthanasie sowie die Straffreiheit des Drogenkonsums und sexuelle Diversität mit Hilfe des Genderismus zu propagieren. Diese Ideologie, die politisch vor allem von linksgrünen Parteien vertreten wird, soll sich in der Rechtsprechung und daraus folgenden Gesetzen niederschlagen. Dafür braucht man Richter.

Die Methode, die zu diesem Ziel führen soll, ist denkbar einfach: In kleinen und/oder ärmeren Ländern wie im Baltikum oder in Osteuropa können NGOs mit finanziellen Mitteln relativ schnell Einfluß ausüben und dadurch bei der Besetzung von Richterstellen mitreden. Jedes der 47 Länder des Europarates kann für seine Richterstellen eigene Kandidaten vorschlagen, die von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates mehr oder weniger durchgewinkt werden. Die Richter müssen keine Juristen sein und werden für neun Jahre bestimmt.

Puppinck und Loiseau haben nun deren Lebensläufe der letzten zehn Jahre genauer unter die Lupe genommen, und siehe da, die „Soros-Richter“ kamen vor allem aus dem Baltikum oder Ost- und Südosteuropa und waren dort vielfach an leitenden Stellen der NGOs tätig gewesen. Bei den NGOs handelt es sich um Filialen des Helsinki-Komitees für Menschenrechte, Human Rights Watch, Amnesty International,

das Internationale Juristenkomitee, Interrights und das AIRE-Centre. Die Autoren der Studie haben 185 Fälle identifiziert, bei denen wenigstens eine der NGOs beteiligt war, und bei 88 von ihnen wurde das Urteil von einem Richter gefällt, der zuvor mit der NGO zusammengearbeitet hatte. In der Regel vermeiden die Richter solche Interessenkonflikte. Aber in den zehn untersuchten Jahren kam das nur zwölfmal vor.

Streitfälle, die im Zielfeld der Soros-Holding liegen

Bei den Urteilen handelte es sich meist um Streitfälle, die im ideologischen Zielfeld der Soros-Holding lagen. Soros läßt sich die Aushöhlung des europäischen Rechtssystems rund 90 Millionen Dollar pro Jahr kosten. Das Tribunal in Straßburg, das selbst ein Budget von 70 Millionen Euro hat, ist eine Investition mit großer Rendite. Nicht nur wiegen ein paar Millionen Dollar im Baltikum oder in Bulgarien und Rumänien deutlich mehr als in Deutschland oder Frankreich. Man bekommt gesinnungskonforme Richter. Auch ist die materielle Gesetzesgrundlage in Straßburg einfacher als beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg. Die Konvention ist relativ überschaubar und vor allem unbestimmter, mithin leichter umzuinterpretieren.

Die Luxemburger Richter dagegen müssen sich auf Gesetzeskonvolute stützen, die mehr Wissen und Sachkenntnis voraussetzen. Und vor allem: Die Kompetenz des EuGH ist genau in den Verträgen festgelegt. Dennoch ist auch bei diesem Gerichtshof die Tendenz zu erkennen, sich gesellschaftspolitischen Themen zu widmen, obwohl das Gericht dafür nicht zuständig ist. So hat es im Juni 2018 entschieden, daß der Begriff „Ehegatte“ im Rahmen des Gemeinschaftsrechts geschlechtsneutral sei und mithin die „Homo-Ehe“ vollumfänglich mit der Ehe zwischen Mann und Frau gleichgestellt werden müsse (Rechtssache C-673/16). Keine Mehrheit, kein Vertrag der Staaten hat den EuGH für solche Entscheidungen berechtigt. Doch niemand wagt es, die Richter in ihre Schranken zu weisen. Ähnlich ist es mit den Soros-Richtern des EGMR in Straßburg. So wird die Rechtsprechung, mit ihr die Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie in Europa untergraben und instrumentalisiert. Das wäre mal ein Thema für die EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands.

Die ECLJ-Untersuchung „NGOs and the Judges of the ECHR 2009–2019“: <https://eclj.org>

Absturz in die Gosse

Kriegsrhetorik: Die FAZ und ihre Ansichten zur AfD

Thorsten Hinz

Bis in die neunziger Jahre hinein und darüber hinaus genoß das Herausgeber-Kollegium der FAZ den Ruf einer Kurfürsten-Versammlung, die in einer politischen und gleichzeitig halbsakralen Sphäre agierte. Während in der Redaktionskanzlei auf

zumeist hohem Niveau das Tagesgeschäft erledigt wurde, thronen darüber die Inhaber republikanisch modifizierter Erzämter. Der für Wirtschaft zuständige Würdenträger entsprach dem Erztruchseß, der für Außenpolitik Zuständige dem Marschall. Der Kämmerer kümmerte sich um Innenpolitik und der Mundschenk um das Feuilleton. Wenn sie sich auf Seite eins äußerten, war das keine in Akkordarbeit entstandene, flüchtige Meinungsäußerung, sondern – von der gelegentlichen Exzentrik eines Frank Schirrmacher abgesehen – eine Art halbamtliches Bulletin: kenntnisreich, durchdacht, klar in der Sache, dezent im Ton. Den fixierten Standpunkt mußte man nicht teilen, aber ernst nehmen auf jeden Fall.

Der Würzburger Historiker Peter Hoeres hat in seinem Buch „Zeitung für Deutschland“ die Sonderstellung der FAZ anschaulich herausgearbeitet und dargelegt, daß der Begriff „Staatszeitung“ seine Berechtigung hat („Spöttisch gegen Konservative“. JF 43/19). Gerade das „politische Ressort ist mit der erst diskutierten, dann entschiedenen West-orientierung, (...) am ehesten ein Abbild der allgemeinen Geschichte der Bundesrepublik, zumal es sich vorbehaltlos mit der Bundesrepublik identifizierte“.

In der Sickergrube übler Tagespolemik

Wobei diese Bundesrepublik als Dachstaat für ein künftiges Gesamtdeutschland verstanden wurde, das zuerst noch bis an die Memel, dann bis an Oder und Neiße reichte. Der Anspruch führte zu einem ständigen Spagat zwischen den Wünschbarkeiten und den Möglichkeiten. Er gelang mit einer Kombination aus Liberalität und einem – allerdings beschränkten – Konservatismus.

Das reichte hin, um den weltpolitischen Umbruch von 1989 souveräner als andere zu bewältigen. Wobei eine Rolle spielte, daß die entscheidenden Herausgeber jener Jahre sowie der politische Ressortchef aus Berlin, Sachsen und dem Sudetenland stammten und somit über einen lebensgeschichtlichen Hintergrund verfügten, der über den Geltungsbereich des Grundgesetzes hinausreichte. Die FAZ war engagiert, ohne sich mit der Politik im einzelnen gemein zu machen. Im Prozeß der Wiedervereinigung nahm sie eine nachgerade monarchische Funktion wahr: Sie erteilte Rat, ermunterte, kritisierte und warnte.

An diese Niveau-Höhe muß erinnert werden, um die Berichterstattung der FAZ über die AfD gerecht einzuschätzen: Sie ist ein Sturz in die Gosse des Kampagnenjournalismus. Der für Politik zuständige Herausgeber Berthold Kohler klaubt eigenhändig Straßenkot zusammen und knetet daraus Wurfgeschosse. Unter der Überschrift „Hanau und die AfD: Der Gipfel des Zynismus“ monierte er nicht etwa den reflexhaft hergestellten Konnex zwischen der Tat eines geistig Kranken mit dem AfD-Parteiprogramm, sondern die Kühnheit ihrer Funktionäre, sich gegen die Injurien zu verwehren. Kohler weiß es besser: „Wer AfD wählt, stärkt radikalen, völkischen Wahn in den Parlamenten und auf den Straßen.“ Auch mit einem sofortigen Schuldbekenntnis hätte sie vor ihm keine Gnade gefunden. Denn nach der verbalen

Demutsgeste ihrer Bundessprecher („rassistisches Verbrechen“) kommentierte er, die Partei fresse „zur Not auch Kreide bis zur Selbstverleugnung“. Sein Verdikt bleibt unumstößlich: „Die Gaulands, Höckes und Klonovskys kann man nicht bekehren. Die haben Blut geleckt, die wollen mehr. Ihr Geschäftsmodell ist eines der Aufwiegelung, der Untergrabung der liberalen Demokratie und der Selbstzerfleischung ihrer Bürgergesellschaft.“

Nun bedarf es in der aufgeklärten Gesellschaft keiner Bekehrung; die sachliche Widerlegung genügt vollauf. Bloß womit? Feuilleton-Herausgeber Jürgen Kaube fühlte sich bemüßigt, seinem Kollegen beizuspringen. Im glossierenden Internet-Tagebuch des Autors und Gauland-Mitarbeiters Michael Klonovsky („Ich komme aus der DDR. Ich komme aus der Zukunft.“) ist ihm eine ganz bestimmte Stelle böse aufgestoßen. Klonovsky hatte die Hanau-Tat mit den „Verwerfungen“ in Beziehung gesetzt, die der Harvard-Politologe Yascha Mounk zum vertretbaren Preis für die ethnisch-kulturelle Transformation der europäischen Gesellschaften erklärt hatte. Unter der Überschrift „Jetzt soll also der Multikulturalismus schuld sein“ wettet Kaube: „Die feinsinnige Niedertracht weist für jede rechte Untat, jeden Fremdenhaß nach, im Grunde gehe sie kraft irgendeiner Fernkausalität auf das Konto der Bundesregierung und des Multikulturalismus.“ Um der „Niedertracht“ zu begegnen, hat er freilich nur den dümmlichen Hinweis auf spanische Strände parat, die von deutschen Urlaubern überfremdet werden.

Wenn die Herausgeber sich in der Sickergrube übler Tagespolemik suhlen, brauchen die unteren Chargen sich erst recht nicht zu genieren. Seit Jahren betreibt eine Nachwuchskraft der FAZ eine gezielte Negativberichterstattung. Den Schreiber interessiert nicht, ob die Kritik aus der AfD sachlich berechtigt ist und eine diskursive Lücke füllt, sondern die Kritik an sich erscheint ihm als Skandal. Blind vor Jagdeifer, tappt er schon mal in die Falle. Als der Verleger Götz Kubitschek 2018 die Meldung lancierte, in die Politikberatung zu wechseln, präsentierte er den dadaistischen Coup als Exklusivmeldung und fügte hinzu: „Für die Materialsammlung des Bundesamtes für Verfassungsschutz über die AfD wäre eine Beratung durch Kubitschek recht relevant.“

Die Zeitung ist Teil des „Systems Merkel“

Das sieht der Ressortchef für Innenpolitik, Jasper von Altenbockum, genauso. Nach der Wahl des FDP-Politiker Thomas Kemmerich zum flüchtigen Ministerpräsidenten von Thüringen – kurz vor Hanau – forderte er unter dem Titel „Wir wissen genug“ den Inlandsgeheimdienst auf, endlich zur Tat zu schreiten. Die Stimmabgabe der AfD-Abgeordneten für Kemmerich sei der Beweis, daß die Partei auch im Großen „vor dem Mittel der Täuschung und Irreführung nicht zurückschrecken wird“. De facto erklärte Altenbockum die AfD-Mandate für ungültig, so wie die Nationalsozialisten im März 1933 die 81 Reichstagsmandate der KPD für ungültig erklärt hatten, um sich eine Zweidrittelmehrheit für das Ermächtigungsgesetz zu sichern.

Nach Hanau verfiel Altenbockum vollständig in das Tourette-Syndrom. Er erklärte die Tat des mutmaßlich schizophrenen Tobias Rathjen zur „nächsten Ausgeburt eines Zivilisationsbruchs“. Es geht der FAZ nicht um Tatsachen und ihre logische Verknüpfung, sondern um „die dauerhafte Beobachtung der gesamten AfD“, um die der „Verfassungsschutz (...) wohl nicht herumkommen“ wird.

Mit unfreiwilliger Komik fragt Herausgeber Kohler: „Woher aber kommt diese Wut auf ‘das System’ und seine Repräsentanten, von der auch die AfD so profitiert? Es ist das freiheitlichste der deutschen Geschichte. Den Deutschen geht es insgesamt besser als jemals zuvor. Es gibt keinen Krieg, keine Arbeitslosigkeit und keine Inflation ...“ Das erinnert an den drolligen Hauslehrer Pangloss aus Voltaires „Candide“, der auf jeden Einwand monoton erwidert: Alles zum Schönsten, alles zum Besten!, und sogar für die Syphilis, an der er erkrankt ist, und für das Erdbeben von Lissabon eine optimistische Erklärung findet.

Die FAZ ist Teil des „Systems Merkel“, so einfach ist das. Die servile Nähe zur politischen Macht soll ausgleichen, was ihr durch den Anzeigen-, Auflagen- und den – im Internet-Zeitalter unvermeidbaren – Bedeutungsverlust abhanden gekommen ist. Die gemeine Behandlung des 2016 durch Freitag geendeten Universalhistorikers Rolf Peter Sieferle war der Abschluß eines sukzessiven Kottaus. Dieser überlegene Geist hatte in den nachgelassenen Publikationen „Das Migrationsproblem“ und „Finis Germania“ die Situation nach Merkels Grenzöffnung analysiert und prognostiziert, die Kanzlerin werde als „Unheilsfigur“ und „eine der großen Katastrophengestalten in die deutsche Geschichte eingehen“. Für die FAZ war das eine „ebenso ekelhafte wie stellenweise unverständliche Endzeitdiagnostik“. Sieferle wurde sogar für unzurechnungsfähig erklärt.

Dahinter steckt mehr als bloß subjektives Versagen. Darin zeigt sich der Zerfall des BRD-typischen Zerknirschungs-Konservatismus, der außerstande war, „die nationale und staatliche Dekomposition“ (Günter Maschke) vollständig auszumessen und der Kulturrevolution von links, die in den frühen sechziger Jahren eingesetzt hatte, nichts entgegenzusetzen wußte. Inzwischen prägt sie auch die DNS der FAZ, was sich exemplarisch im Vorwurf von Altenbockum äußert, die AfD wolle „die Institutionen, Mandate und Verfahren nur nutzen, um einen anderen Staat, eine andere Gesellschaft, ein neues Volk, ja, gar einen neuen Menschen zu schaffen“.

Was der wackere FAZler hier skizziert, ist jedoch eine typisch linke Utopie und ihre Verwirklichung längst im Gange. Als „Zeitung für das Neue Deutschland“ und Transmissionsriemen ins bürgerliche Lager wirkt die FAZ daran aktiv mit. Daß sie die AfD als die konservative Gegenkraft nun mit Kriegsrhetorik überzieht, ist so folgerichtig wie ihr Sturz aus der Kurfürsten-Sphäre in die Niederungen des Bütteltums.